



Rathaus Ludwigshafen:
AfD-Kandidat darf nicht
zur Bürgermeisterwahl
antreten

Bild: Tganel

„Nicht mehr der Wähler entscheidet, sondern der Wahlausschuss“

Joachim Paul (AfD) über den Ausschluss seiner Person von der Bürgermeisterwahl, den Reaktionen darauf und dem Ende von Demokratie und Meinungsfreiheit

Rote Metternichs in Aktion: Die rheinische SPD will den aussichtsreichen AfD-OB-Kandidat Joachim Paul verhindern

Die Bekämpfung der AfD nimmt in der BRD immer groteskere Züge an. In Ludwigshafen, Rheinland-Pfalz, hat eine rote Koalition im anti-liberalen und anti-natio-

nalen Un-Geiste des Fürsten Metternich aus dem 19. Jahrhundert zugeschlagen: Jutta Steinbrück (bis 2022 SPD), die bisherige und nicht mehr antretende Oberbürgermeisterin der Stadt, schloss den OB-Kandidaten der AfD, Joachim Paul, von der Teilnahme an der Kommunalwahl am 21. September aus. Scheinbegründung: Mangelnde Verfassungstreue des Bewerbers.

Herr Paul, Sie vertreten bereits seit 2016 als Landtagsabgeordneter die AfD im Landtag von Rheinland-Pfalz und kennen die vielfältigen Konfliktmuster im Umgang mit Ihrer Partei. Hat Sie das Vorgehen der Oberbürgermeisterin überrascht?

Joachim Paul: Ja, das hat mich völlig überrascht. Der hier seit 35 Jahren regierenden Landes-SPD habe ich zwar sehr viel zgetraut, aber den aussichtsreichsten Bewerber der stärksten Partei einfach so mittels Wahlausschluss im Zusammenspiel von Ex-SPD-Oberbürgermeisterin, SPD-Mitgliedern im Wahlausschuss, einem linken Behördenleiter beim Verfassungsschutz plus rotem Innenminister, holterdipolter aus dem Rennen zu kippen, das hatte ich nicht erwartet.

Glauben Sie denn, dass diese Vorgehensweise nicht nur in Rheinland-Pfalz SPD-intern abgestimmt war, sondern auch mit deren Bundesspitze?

Paul: Das halte ich für durchaus denkbar. Denn es geht um sehr viel. Ludwigshafen ist eine seit Jahrzehnten SPD-regierte



Bild: Privat

Stadt mit sehr großem Symbolgehalt: Sie steht prototypisch für den offenkundigen Niedergang unseres Landes. Die Stadt ist ein negativer Brennpunkt geworden, den die SPD nicht so gerne aufgibt, gleichwohl sie aber Angst hat, dass es eine neue Kraft gibt, die eben am Beispiel von Ludwigshafen zeigen könnte, dass es gangbare Wege aus der Misere gibt. Die deutsche Sozialdemokratie, einstmals eine stolze Vertreterin von Arbeitnehmerinteressen, befindet sich bundesweit im Niedergang, nicht nur in Rheinland-Pfalz, und ihre klassischen Wählergruppen laufen scharenweise zur AfD über.

Sie waren vor Ihrer Zeit im Mainzer Landtag als Gymnasiallehrer berufstätig und damit Beamter auf Lebenszeit. Angeblich mangle es Ihnen plötzlich an der Treue zur Verfassung, so der Generalvorwurf. Wie das?

Paul: Das frage ich mich auch. Eigentlich hätte ich als Lehrer den Schutz meines Dienstherrn verdient, weil ich immer erfolgreich unterrichtet habe und mit meinen Schülern gut zurechtgekommen bin, insbesondere auch bei den Schülern mit Migrationshintergrund. Dem Wahlausschuss in Ludwigshafen wurde dann über das Innenministerium von Rheinland-Pfalz ein Papier mit 16 absurden „Anklagepunkten“ gegen mich zugespielt. Zu den Anklagen ein Beispiel: Man hält mir vor, dass ich literarisch ein „Herr der Ringe“-Fan bin und im Rahmen einer Rezension Menschen gewürdigt hätte, die als Protagonisten dieser Romantrilogie für ihre Heimat kämpfen und nicht wollen, dass ihre

**„Man hält mir vor, dass ich
„Herr der Ringe“-Fan bin und
das Nibelungenlied schätze.“**

Kultur verschwindet. Dieser Gedankengang wird ernsthaft als „verfassungsfeindlich“ angesehen, so auch meine positive Bezugnahme zum Nibelungenlied. Dabei ist das Nibelungenlied ein großes Thema, der Landesstoff schlechthin. Wir haben beispielsweise hier in Worms die Nibelungenfestspiele. Auch dass ich mich mit dem führenden Kopf der „Identitären“, Martin Sellner, zwei- oder dreimal getroffen habe, steht im Anklagepapier.

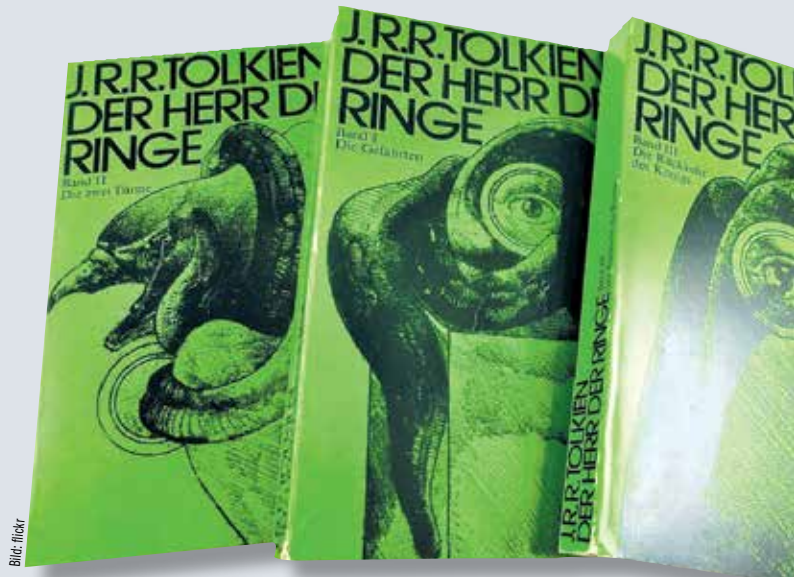
„Kontakt-Schuld“ als Delikt?

Paul: Genau! Wenn man aber diesen Vorwurf logisch weiterentwickelt, sofern

man in diesem Zusammenhang überhaupt von Logik sprechen kann, dann müsste ich dem Chef des Inlandsgeheimdienstes in Zukunft jeweils brav meine Kontakt- und Literaturwünsche vorab übermitteln und um Genehmigung bitten. Geht's noch?

Das Medienecho im In- und Ausland auf Ihren Fall ist ja enorm und keineswegs einseitig gegen Sie gerichtet. Sogar die renommierte „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) brachte die

Herr der Ringe:
Wer diese Romantrilogie schätzt, gilt als politisch verdächtig



„Causa Paul“ auf die Seite 1. Wie erklären Sie sich dieses internationale Interesse an ihrem Fall?

Paul: Seit der Rede von US-Vizepräsident JD Vance auf der vergangenen Münchener Sicherheitskonferenz sind die Themen Meinungsfreiheit und der Status der parlamentarischen Demokratie in der BRD ein internationales Thema geworden. Wir haben ja mittlerweile in deutschen Landen Zustände, wo einfache Bürger, die im Internet ihre vom Mainstream abweichende Meinung kundtun, an manchen Stellen gewiss geschmacklos, übertrieben und scharf, in den unerbittlichen Fokus der Ermittlungsbehörden geraten und teilweise sogar verurteilt werden.

Auch mehrere Unterschriften-Aktionen für Sie lösten einen erstaunlich hohen Beteiligungssog „Pro Joachim Paul“ aus. Ein nur punktuell Signal – oder mehr?

Paul: Ich bin nach wie vor überrascht über die Zustimmung über alle möglichen Kanäle und von vielen unterschied-



Bild: Bernd Schwabe in Hannover

**Der Bürger darf nur noch vor-
ausgewählte
Kandidaten und
Parteien wählen**

lichen Bürgern, die zum Teil keine AfD-Wähler sind, sogar mit ihr fremdeln und nicht sicher sind, ob sie mich überhaupt wählen würden, mich aber trotzdem unterstützen.

Tenor: Sie halten meinen Ausschluss von der OB-Wahl für einen Skandal und fühlen sich um ihre Wahlmöglichkeiten betrogen. Alles erfreuliche Zeichen von zunehmender Wachsamkeit vieler Bürger.

Selbst der von den Grünen kommende OB von Tübingen, der streitbare Boris Palmer, verurteilte die gegen Sie praktizierte Vorgehensweise und plädierte für eine sachorientierte Auseinandersetzung mit Ihnen und der AfD.

Paul: Das spricht für die kommunale Erfahrung des Boris Palmer. Denn was hier im Wahlausschuss gegen mich inszeniert worden ist, dass man nämlich im Prinzip die Mitgliedschaft und die Stimmrechte in einem temporären Gremium, das eigentlich nur dafür da ist, die formelle Richtigkeit von Wahlabläufen zu bestätigen und zu beglaubigen, jetzt als freies Mandat auffasst, wird die gesamte kommunale Ordnung durcheinanderbringen.

Ich habe ja immer den Wahlvorschlägen aller Parteien zugestimmt, weil ich eben die politische Auseinandersetzung im Wahlkampf führen will und mir kein Urteil darüber anmaße, wen der Wähler zu wählen hat. So funktioniert Demokratie.

Herr Paul, Sie haben gegen die Entscheidung des Wahlausschusses bzw. der Oberbürgermeisterin geklagt. Welchen Stand hat das

juristische Verfahren und mit welcher finalen Gerichtsentscheidung rechnen Sie?

Paul: Wir haben per Eilantrag sofort gegen den Ausschluss geklagt, die Klage lag beim Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße, ist aber inzwischen abgelehnt worden. Wir richten uns nun darauf ein, den weiteren Rechtsweg zu beschreiten, und zwar beim Oberverwaltungsgericht Koblenz.

Über eine mögliche Verfassungsbeschwerde machen wir uns nach dem Ausgang der nächsten Instanz Gedanken. Soweit vertraue ich auf den Rechtsstaat. Dennoch: Sollten wir erst nach der Wahl Recht bekommen, werden wir eine Anfechtung ins Auge fassen.

Und was bewirkt dieser Beschluss des Ludwigshafener Wahlgremiums, wenn sich die Gerichte dieser Vorgehensweise auch in letzter Instanz anschließen?

Paul: Dieser Beschluss bedeutet nichts weniger, als dass zukünftig parteipolitisch motivierte Innenminister auf Grundlage von fragwürdigen Elaboraten eines parteipolitisch motivierten Inlandsgeheimdienstes bei vorliegenden geeigneten Mehrheiten in den Wahlausschüssen die Konkurrenz einfach so ausschalten können.

Die politische Auseinandersetzung findet dann also nicht mehr im Wahlkampf,

**„Künftig können parteipolitisch
motivierte Innenminister unliebsame
Kandidaten einfach ausschalten.“**

sondern in den Wahlausschüssen statt. Dort agieren aber Parteisoldaten, die wie in Ludwigshafen geschehen, taktisch agieren – insbesondere, wenn ihre Parteien selbst Kandidaten ins Rennen schicken.

Die Demokratie, die insbesondere auf fairen, freien Wahlen und einer echten Auswahl beruht, nimmt so schweren Schaden, weil sie den Bürgern die Hoffnung auf Wandel durch Stimmabgabe raubt. Künftig sollten die Etablierten daher nicht mehr mit dem Finger nur auf Ungarn, Polen, Iran und mittelamerikanische Staaten zeigen. Denn auch hier hat sich ein enormes Demokratiedefizit offenbart: Das passive Wahlrecht ist nur noch teilweise ein Grundrecht, auf das der Bürger vertrauen kann!

Das Gespräch führte Bernd Kallina.